

## **Rede zum Hochzieher „Bekämpfung der Ursachen sogenannter Armutsmigration aus Osteuropa“**

Sehr geehrte Damen und Herren,

„wer betrügt der fliegt“ – mit dieser vollmundigen Aussage hat die CSU ihre letzten Wahlkämpfe geführt. Dahinter stand unter anderem die Problematik der sogenannten „Armutswanderung aus Osteuropa“. Was steckt dahinter? Die kommunalen Spitzenverbände haben schon viel länger Alarm geschlagen und darauf hingewiesen, dass es hier in mancher deutschen und bayerischen Kommune einige Probleme gibt.

Weil insbesondere Länder aus Südosteuropa – ich nenne sie bewusst beim Namen: **Bulgarien und Rumänien** – ihrer Fürsorgepflicht nicht gerecht werden, nein sogar im Gegenteil, unliebe Minderheiten aus dem Land mobben, sind unsere Kommunen die Leidtragenden.

Wir haben hier in der Tat ein Problem, für das wir dringend Abhilfe schaffen müssen. Pure Panikmache und die Horrorszenarien a lá CSU sind hier sicherlich nicht die richtige Antwort.

Wir haben uns als FREIE WÄHLER und Anwalt der Kommunen ernsthafte Gedanken gemacht, den Städten und Gemeinden konstruktiv zu helfen und einen – wie wir finden – sinnvollen Antrag zu stellen, um das Problem in den Herkunftsländern an der Wurzel zu packen.

In den Ausschüssen haben auch alle Fraktionen zugestimmt – bis auf die CSU. Die Gründe sind mir auch noch einmal nach intensivem Studium der Protokolle mehr als schleierhaft und lassen mich vermuten, dass die Kollegen zur rechten Seite den Antrag bestenfalls überflogen, aber nicht wirklich gelesen haben.

Bedauerlich, nachdem das Thema doch zumindest in Wahlkampfzeiten Priorität eins bei CSU ist. Aber wen wundert es?

Machen wir es kurz: Was ist der Inhalt unseres Antrags und was waren die angeblichen Gründe der CSU, die sie für eine Ablehnung vorbrachte:

Wir wollen, dass sich die Staatsregierung sich bei der Europäischen Kommission einsetzt, nach Möglichkeiten zu suchen, den Herkunftsländern sogenannter Armutsmigration, insbesondere Bulgarien und Rumänien, Unterstützung in Bezug auf den Mittelabruf aus ESF, EFRE und FEAD anzubieten, um sie im Hinblick auf die Integration der am stärksten von Armut betroffenen Gruppen zu unterstützen und hierdurch die Ursachen sogenannter Armutswanderung aus Osteuropa direkt vor Ort zu bekämpfen.

Dabei haben wir in der Begründung ausdrücklich klargestellt, dass selbstverständlich jeder Mitgliedstaat der Europäischen Union selbst über Umfang und Art der Maßnahmen im Rahmen der von der EU zweckbestimmten Finanzierungsmittel entscheidet. Deshalb soll das Herantreten der

Europäischen Kommission an die in Rede stehenden Mitgliedstaaten selbstredend lediglich als Angebot und nicht als Verpflichtung verstanden werden.

Meine Damen und Herren, da verwundert es schon, wenn die Kollegin Schorer-Dremel von der CSU im Ausschuss ausführt, die Vorgabe zur Umsetzung konkreter Maßnahmen in den Mitgliedstaaten sei eine unzulässige Einmischung in die Souveränität der Mitgliedstaaten.

Denn genau das haben wir in unserem Antrag deutlich gemacht, dass das nicht unser Ansinnen ist. So eine Schlussfolgerung gibt auch unser Antragstext überhaupt nicht her.

Meine Damen und Herren, noch ein zweiter Punkt: Der Kollege und **Jurist** Herr Dr. Rieger meinte dann noch juristische Schwächen im Antrag vorzufinden, weil die Herkunftsländer sogenannter Armutsmigration weitgehend unbestimmt blieben. Wer den Antragstext aber tatsächlich gelesen hätte, hätte in der vierten Zeile der Aufforderung der Staatsregierung lesen können, dass hier

ausdrücklich Bulgarien und Rumänien als Länder genannt sind.

Meine Damen und Herren, das ist doch keine sachgemäße Politik, einen Antrag mit aus der Luft gegriffenen Argumenten abzulehnen und auch noch Sachen zu unterstellen, die sich aufgrund des Antragstexts jeglicher Grundlage entbehren.

Meine Fraktion wird daher namentliche Abstimmung zu diesem Antrag beantragen, um das Abstimmungsverhalten der rechten Seite dieses Parlaments bei diesem Antrag zu dokumentieren. Wenn **Sie** diesen Antrag schon ablehnen, sollen die bayerischen Bürger auch erfahren, welche ihrer Volksvertreter nur die Stammtische bedienen wollen, aber nicht bereit sind, sinnvolle Antworten auf bestehende Probleme unserer Kommunen zu finden.